

Deutsche Rheuma-Liga Nordrhein-Westfalen e.V.

Lange Wartezeiten auf einen Termin bei Rheumatolog*innen sind für Rheumakranke Normalität. • Ist Ihnen die Anzahl der in NRW praktizierenden Rheumatolog*innen bekannt? • Planen Sie fördernde Maßnahmen für die Niederlassung von Rheumatolog*innen bei freiwerdenden internistischen Arztsitzen?

Wir stehen für eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung, gerade auch im ländlichen Raum. Wir wollen gemeinsam mit den Körperschaften die Rahmenbedingungen für innovative Versorgungsangebote und ortsnahe Kooperationsformen verbessern. Um mehr ärztlichen Nachwuchs zu gewinnen, wollen wir mehr Studienplätze an der Universität Witten-Herdecke schaffen und die medizinische Fakultät Ostwestfalen-Lippe weiter ausbauen. Uns ist bewusst, dass Termine bei Fachärztinnen und -ärzten teilweise mit längeren Wartezeiten verbunden sind. Die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen ist hier gefordert, auch die internistischen Teildisziplinen bei den Kassenzulassungen entsprechend zu berücksichtigen.

Wie werden Sie eine spezialisierte stationäre Versorgung von Rheumakranken sicherstellen? • Werden Sie für flächendeckende rheumatologische Fachabteilungen in Kliniken Sorge tragen? • Werden sie sich für eine koordinierte interdisziplinäre Versorgung durch spezialisierte Fachärzt*innen einsetzen?

Mit der Umsetzung der Reform der Krankenhausrahmenplanung vor Ort wollen wir zukunftsfähige Krankenhausstrukturen schaffen. Mit einer entsprechenden zielgerichteten Investitionsförderung wollen wir den Strukturwandel unterstützen und gleichzeitig die Erreichbarkeit und Versorgung in der Fläche sichern. Dabei wollen wir die Behandlungsqualität verbessern, indem wir komplexe Leistungen an besonders geeigneten Standorten konzentrieren, ineffiziente Doppelstrukturen in Ballungszentren reduzieren sowie Kooperationen fördern. Rheumatologische Fachabteilungen sehen wir dabei eher als Angebot, das durch Spezialisierung eine hohe Behandlungsqualität sicherstellt. Wir wollen die ambulante Bedarfs- und stationäre Krankenhausplanung zu einer sektorenübergreifenden Versorgungsplanung weiterentwickeln. Zudem wollen wir für geeignete Leistungen eine sektorengleiche Vergütung durch sogenannte Hybrid-DRG umsetzen.

Aktuell gibt es in NRW nur vier Lehrstühle für internistische Rheumatologie. • Werden Sie auf weitere Lehrstühle hinwirken? • Werden Sie dafür Sorge tragen, dass Rheumatologie an allen medizinischen Fakultäten in obligatorischen Vorlesungen und Praktika gelehrt und als Wahlfach angeboten wird?

Hausärztinnen und Hausärzte sollen die Muster rheumatischer Erkrankungen kennen und Neuerkrankte rechtzeitig und gezielt in die rheumatologische Versorgung weiterleiten können. Insofern sollte der Stellenwert der Rheumatologie an den medizinischen Fakultäten aufgewertet werden. Dazu gehört auch die Berücksichtigung im Nationalen Kompetenz-basierten Lernzielkatalog Medizin. Die konkrete Ausgestaltung von Lehrangeboten und die Einrichtung von Lehrstühlen sollte aber aus unserer Sicht weiterhin der Hochschulautonomie obliegen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kinderrheumatologie an den Universitäten und Fachkliniken in NRW gelehrt wird? • Welche Maßnahmen werden Sie zur Etablierung und Stärkung der Versorgungsforschung in den Hochschulen in NRW ergreifen?

Auch Kinder und Jugendliche können von rheumatischen Erkrankungen betroffen sein. Deshalb sollte die Rheumatologie auch in der Kinder- und Jugendmedizin stärker berücksichtigt werden. Angebote wie in den Uniklinken in Düsseldorf und Münster könnten dabei eine Vorbildfunktion übernehmen.

Werden Sie auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Akteure des Gesundheitswesens mit Organisationen der Selbsthilfe hinwirken? • Werden Sie die Patientenbeteiligung in Gremien des Gesundheitswesens stärken und sich für ausreichende Mittel für deren Koordination und Begleitung einsetzen?

Selbsthilfe spielt eine wichtige Rolle, indem Menschen ihre persönlichen Erfahrungen nutzen, um andere Menschen in ähnlichen Situationen zu unterstützen. Zusammen mit den Krankenkassen fördern wir als Land die Strukturen der Selbsthilfe. Wir wollen die Beteiligung von Akteuren der Selbsthilfe z. B. durch eine bessere Vernetzung stärken.

Das Funktionstraining ist bei Vorliegen der med. Notwendigkeit eine Pflichtleistung der Krankenkassen. Es wird in 30° warmem Wasser durchgeführt. In NRW werden zunehmend geeignete Bäder geschlossen. Wie werden Sie den Sicherstellungsauftrag der Krankenkassen in der Wassergymnastik gewährleisten?

Der Betrieb von Bädern liegt häufig in der Verantwortung der Kommunen. Diese müssen in der Lage sein, aus eigener Kraft ihre Aufgaben zu bewältigen und Schwerpunkte zu setzen. Deshalb setzen wir uns für eine transparente und verlässliche sowie auskömmliche Finanzausstattung unserer Kommunen ein.

Etwa 4 von 1000 Schüler*innen leiden an einer rheumatischen Erkrankung. • Wie stellen Sie sich eine verpflichtende und flexible Umsetzung individueller Nachteilsausgleiche vor? • Wie stellen Sie die Beschulung chronisch kranker Schüler*innen mit regelmäßigen krankheitsbedingten Fehlzeiten sicher?

Für Schülerinnen und Schüler, die beispielsweise aufgrund von Krankheit nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können, wollen wir digitale und hybride Unterrichtsangebote schaffen. Unser Ziel ist es, ein Maximum an schulischer Teilhabe für sie zu ermöglichen und dafür die Chancen der Digitalisierung sowie die Erfahrungen mit dem Distanzlernen zu nutzen. Als Leitbild gilt für uns immer: So viel Präsenzunterricht wie möglich und so viel online-gestütztes Distanzlernen wie nötig.

Werden Sie sich für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum engagieren? • Werden Sie sich für Barrierefreiheit im Öffentlichen Nahverkehr einsetzen? • Werden Sie sich für barrierefreie Arztpraxen stark machen? • Ab wann werden Sie Barrierefreiheit an allen Schulen gewährleisten?

Wir wollen Barrieren für Teilhabe abbauen. Das umfasst nicht nur physische Barrierefreiheit, sondern auch Hürden für Teilhabe darüber hinaus. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen und von der FDP mitgetragenen Bundesregierung, ein Bundesprogramm Barrierefreiheit einzusetzen, damit alle Bereiche des öffentlichen Lebens barrierefrei werden, sowie entsprechende Förderprogramme

aufzulegen und die Beratungsarbeit der Bundesfachstelle Barrierefreiheit auszubauen. Gerade die Mobilität (ÖPNV) und die Gesundheitsversorgung sollten dabei im Fokus stehen. So wollen wir die Ausnahmemöglichkeiten des Personenbeförderungsgesetzes bis 2026 gänzlich abschaffen. Mit der Reform der Landesbauordnung haben wir die Teilhabechancen im Bau- und Wohnbereich enorm gestärkt. Der größte Teil aller neuen Wohnungen, die seitdem entstehen, sind barrierearm oder barrierefrei. Für die Bestandsmodernisierung setzen wir mit der Wohnraumförderung wichtige Impulse.